

WAHLKAMPFAUSGABE | AUGUST 2021

JUNGSOZIALIST*IN

Verbandsmagazin Jusos Nord-Niedersachsen

DIE WAHLKAMPFAUSGABE!



FIGHT
FOR A
TOMORROW

Inhalt

5

Grußwort der Bezirksvorsitzenden

Moin, Moin

6

Kirsti Elle, Jonas Pagels

Wahlen, Wahlen, Wahlen...

8

Fabio Lindhorst, Nona Lynn Beusse

Kreistagswahlen – Den Heidekreis verbinden

11

Rasmus Prien

Rettet unsere Kommunen!

14

Matti Rappenhoner

In Verden bebt die Erde – Klimaschutz über wirtschaftliche Interessen stellen!

16

Bene Pape

Mit Zusammenhalt und Solidarität zum Wahlsieg

18

Jannes Schulz

Zwischen Tourismus und Umwelt

20

Fynn Hinck

(Jung)sozialistische Politik geht auch ohne Bund!



**ZUKUNFT
MACHEN.
MIT DIR.**



Moin, Moin

Liebe Genossinnen und Genossen,

Die bevorstehenden Wahlen beherrschen aktuell die öffentliche und verbandsinterne Debatte. Vier Wahlkämpfe in vier Bundestagswahlkreisen und eine Kommunalwahl, bei der viele von uns jungen Menschen selbst kandidieren, halten uns momentan alle auf Trab. Die Chance, mit jungen Kandidierenden in die Politik in unseren Kommunen und Landkreisen frischen Wind zu bringen, ist groß. Parallel steht im Bund eine Schicksalswahl über die Zukunft des größten Staates in der EU an, nach 16 Jahren der Ära Merkel. Dieser September 2021 wird entscheidend für die kommenden Jahre – für unsere Zukunft. Diese Ausgabe unseres Verbandsmagazins wollen wir zum Superwahljahr den Wahlen widmen.

Diese Ausgabe soll Einblick in die Wahlkämpfe, teilweise unsere Kandidierenden und unseren verschiedenen Themen vor Ort, geben. Die Vorsitzenden der Jusos Heidekreis, Fabio Lindhorst und Nona Lynn Beusse, berichten von den Kreistagswahlen und den Debatten, die sie momentan dabei bewegen.

Der Vorsitzende der Jusos Rotenburg, Rasmus Prien, erklärt seine Idee, wie unsere Kommunen vorangebracht werden können. Matti Rappenhöner, Co-Vorsitzender der Jusos Verden schreibt über das Fracking und den dringend notwendigen Klimaschutz im Landkreis Verden. Bene Pape aus dem Kreisverein Verden erklärt uns, wieso Zusammenhalt gerade jetzt besonders wichtig ist. Stellvertretender Vorsitzender der Jusos Cuxhaven, Jannes Schulz, berichtet von der Situation durch bauliche Maßnahmen im Wattenmeer im Cuxland und von der schwierigen Balance zwischen Tourismus und Naturschutz. Unser stellvertretender Bezirksvorsitzender Fynn Hinck, von den Jusos Stade, erklärt, was auf kommunaler Ebene an politischer Willensbildung möglich ist.

Wir bedanken uns bei allen Genoss*innen, die zu diesem Verbandsmagazin beigetragen haben. Interessierten Leser*innen wünschen wir viel Spaß und Erkenntnisgewinnung bei der Lektüre

Eure Bezirksvorsitzenden
Kirsti Elle & Jonas Pagels



Wahlen, Wahlen, Wahlen...

von Kirsti Elle, Jonas Pagels

Wahlen, Wahlen, Wahlen...das Thema, das uns momentan wohl alle beschäftigt. Viele von uns Jusos in Nord-Niedersachsen sind in Wahlkämpfe organisatorisch involviert - viele von uns kandidieren auch selbst. Dadurch stellt sich bei vielen die Frage, inwieweit wir uns in den nächsten Jahren in der niedersächsischen Kommunalpolitik einsetzen können? Wie geht es im Bund weiter? Wer wird regieren? Wer wird Bundeskanzler*in? Und wie ändert sich die politische Gestaltung unter der kommenden Bundesregierung? - Hat sie die nötige Kraft und Kompetenz die wichtigsten Fragen unserer Zeit anzugehen?

Ende der Ära Merkel – und jetzt?

Die Ära Merkel neigt sich nach 16 Jahren dem Ende zu. Eine Koalition mit der FDP und ganze drei große Koalitionen zwischen Unionsparteien und SPD hat Angela Merkel geführt. Viele von uns im jungen Alter kennen nur diese eine Frau, die nun schon so lange Deutschland regiert und so viele Krisen gemanagt, bewältigt und ausgesessen hat. Aber vor allem hat der notwendige, aber immer wieder ausgebliebene Wechsel im Kanzleramt schleichend, aber sicher zu einem politischen Stillstand geführt. Unsere Gesellschaft ist entpolitisiert worden. Das liegt, unserer Auffassung nach, seit langem daran, dass Angela Merkel immer wieder auch die Themen ihrer Opposition machtstrategisch abgegriffen und vereinnahmt hat - das war bei so ziemlich allen großen Projekten des Juniorpartners der SPD, bei der Grundrente, dem Mindestlohn oder auch bei der Abstimmung für die Ehe für alle, so zu sehen.

Gleichzeitig liegt diese Entpolitisierung, die wir lange genug erleben mussten, auch an der Unfähigkeiten der regierenden Parteien: Die Union steht seit langem nur noch für den Status Quo - große inhaltliche Initiativen waren bei dieser Partei, und insbesondere in dieser letzten Legislatur der letzten Bundesregierung unter Angela Merkel, lange nicht mehr zu erkennen.

Auch hier ist es fast ein Wunder, wie die Untätigkeit und Fehltritte zahlreicher Unions-Kabinettsmitglieder weder der Union noch der Bundeskanzlerin selbst in Umfrage- und Beliebtheitswerten geschadet haben. Nun, nachdem knapp vier Wochen vor der Bundestagswahl 2021 vermutlich fast jede*r Bürger*in gemerkt hat, dass Angela Merkel nicht mehr antritt - die durch ihr Charisma und ihren durchaus sympathischen Charme immer die Inhaltsleere ihrer Partei überdecken konnte - scheinen diese fehlenden Antworten der Union, bzw. insbesondere ihrem Kanzlerkandidaten Armin Laschet, auf die Füße zu fallen. In Umfragen sackt die Union auf historisch schlechte Ergebnisse herab. Für uns ergibt sich hieraus die klare Erkenntnis, dass nun endlich mal die Inhalte dieses Wahlkampfes dafür ausschlaggebend sein werden, wer die nächste Bundesregierung anführen wird. Unabhängig davon, welche Partei und welche*r Kanzlerkandidat*in am Ende das spannende Rennen gewinnen wird: Ein "weiter so", wie in den letzten 16 Jahren, wollen wir nicht.

Ein "weiter so" können wir uns in Anbetracht der aufgestauten Probleme in der Bundesrepublik und weltweit nicht mehr erlauben. Es ist Zeit für einen Wechsel und diesen werden wir als Jusos weiterhin kritisch und mit unserem Ziel einer besseren Welt in der Zukunft begleiten.

Unsere Chancen

Die Union verharret in einem historischen Umfragetief, die Werte der Grünen scheinen nach einer längeren Talfahrt stabil und der Balken der SPD verzeichnet einen beinahe historischen Aufwärtstrend. Ein progressives Regierungsbündnis unter sozialdemokratischer Führung scheint inzwischen realistisch. Sollten die Ergebnisse nach dem Wahltag den aktuellen Umfragen entsprechen, ergibt sich hier die Chance, dass bundesweit zahlreiche Jusos, die für den Bundestag kandidieren, gute Chancen haben, ins höchste Parlament unseres Landes einzuziehen. Und mit jedem neuen Prozentpunkt steigt die Zahl der Jusos, die es tatsächlich schaffen. Das bedeutet nicht nur eine Verjüngung unserer Fraktion, sondern kann auch einen progressiven Aufschwung und einen notwendigen Neustart erwirken.



WORK

Es fängt vor Ort an: mit uns!

Wir wollen vor Ort mitgestalten! Das zeigt sich allein in der Anzahl der Jusos, die hier in Nord-Niedersachsen für kommunale Parlamente kandidieren. Wir wollen uns einbringen und mitgestalten. Wir wollen unsere Orte, Gemeinden und Landkreise zukunftsfähig machen. Und was uns, trotz von Region zu Region unterschiedlicher Themen, verbindet, ist unser unbedingter Wille, auch jungen Menschen Perspektiven in der Politik zu schaffen. Hier in Nord-Niedersachsen, einer Region ohne Hochschulen, Universitäten und ohne große Metropolen, sind diese Perspektiven im ländlichen Raum fast so wichtig, wie in sonst keiner Region. Seit Jahren bestimmen wir als Jusos Nord-Niedersachsen durch zahlreiche junge Menschen aus den Landkreisen Stade, Cuxhaven, Rotenburg, Heidekreis, Verden und Osterholz verbandsintern und parteipolitisch nachhaltig jeweils unsere Agenda. Wir wissen um unsere Fähigkeiten und Kenntnisse - daher ist es nun an der Zeit, dass wir das auch in der Kommunalpolitik beweisen.





DEN HEIDEKREIS VERBINDEN



Am 12.09.2021 finden überall im Landkreis Heidekreis Neuwahlen der Gemeinde- und Stadträte statt. Für diese wichtigen kommunalen Parlamente kandidieren viele engagierte und ambitionierte Jusos. Sie werden eine starke Stimme für die junge Perspektive in den wichtigen Debatten ihrer jeweiligen Kommunen sein. Auch bei den diesjährigen Bundestagswahlen kandidieren deutschlandweit sehr viele junge Menschen für die SPD - in den Wahlkreisen und auf den Landeslisten. Sie stehen stellvertretend für die jüngeren Generationen, die keinesfalls das Interesse an der Politik verloren haben, sondern bereit sind, sich aktiv einzubringen. Die Kandidat*innen werden mit ihren ganz eigenen Erfahrungen und ihrer Sicht auf die Dinge die Arbeit im Bundestag prägen sowie die Debatten bereichern. Auch wir im Wahlkreis haben mit Lars Klingbeil einen starken Abgeordneten, mit welchem wir das Direktmandat erneut gewinnen und unsere Heimat weiter stärken wollen.

Dieser Artikel soll aber den gesamten Heidekreis behandeln und sich mit den ebenfalls am 12.09.2021 stattfindenden Kreistagswahlen beschäftigen. Um viele der Debatten, ja um den gesamten Landkreis besser verstehen zu können, muss man etwas in der Geschichte zurückblicken. Im Jahr 1977 entstand der heutige Landkreis Heidekreis, bis 2011 unter dem Namen Landkreis Soltau-Fallingbostal, aus den Altkreisen Soltau und Fallingbostal.

Auch wenn dieser Umstand gerade für die jüngeren Generationen heute wenig präsent ist, haben wir doch im vergangenen Jahr gemerkt, dass der Kreis noch immer viel zu leicht in Nord- und Südkreis gespalten werden kann. In der Debatte um den Neubau des Heidekreis Klinikums in Fallingbostal, ein Standort welcher mittig im Kreis liegt und die besten Voraussetzungen für ein kreisweites, modernes Klinikum bietet, war ein noch immer geteilter Landkreis im Denken der Menschen erkennbar. Es ging aber auch in dieser konkreten Situation nicht nur um eine gute gesundheitliche Versorgung oder die Entscheidung für, beziehungsweise gegen einen Standort, vielmehr ging es um ein historisch gewachsenes Gefühl der Ungleichbehandlung. Die Kreisverwaltung, welche 1977 nicht in die einwohnerstärkere Stadt Soltau, sondern nach Bad Fallingbostal kam, ist eines dieser als ungerecht empfundenen Beispiele. Für viele Menschen, gerade im nördlichen Heidekreis, resultiert aus eben solchen Entscheidungen das Empfinden, dass der südliche Heidekreis bei Standortentscheidungen bevorzugt sei. Bei diesen Kreistagswahlen geht es also nicht nur um einfache Politik, sondern vielmehr darum, ein echtes Gefühl von Zusammenhalt im Heidekreis zu schaffen. Dieses Gefühl von Benachteiligung muss von Seiten der Politik ernst genommen werden und im politischen Handeln Berücksichtigung finden. Aber auch im Denken der Menschen muss sich das Gefühl durchsetzen, dass wir ein zusammenhängender Landkreis und als Gemeinschaft stärker sind.



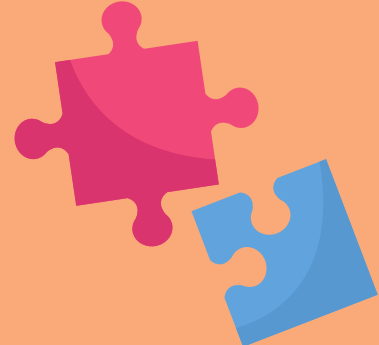
Die SPD im Heidekreis versucht mit diversen Formaten und Veranstaltungsreihen etwas für mehr Dialog zwischen den Menschen und den Zusammenhalt im Landkreis zu tun. Etwas der angestrebte „Heidekreistag“, ein Volksfest für alle Menschen im Landkreis, welches jährlich stattfinden und zwischen den einzelnen Gemeinden im Kreis wechseln soll, ist eine der Möglichkeiten die Menschen zusammenzubringen. Nur wenn wir bereit sind aufeinander zuzugehen, wenn wir ehrliches Interesse an den Positionen Anderer zeigen, dann wird auch das Verhältnis untereinander ein besseres sein. Der Heidekreis hat so viel zu bieten, von einer tollen Landschaft, über diverse spannende kulturelle Angebote, bis hin zu einer für die Region typischen Küche. Ein Ziel nach der Kreistagswahl muss es sein, diese verbindenden Aspekte hervorzuheben, welche den Alltag der Menschen im Kreis prägen und auf die wir alle gemeinsam stolz sein können.

Ein weiteres Ziel für die Kreistagswahl muss sein, dass die SPD die stärkste Fraktion im neu gewählten Kreistag bilden kann und viele junge Menschen, vor allem Frauen in der Kreispolitik aktiv werden können. Der Kreistag ist eine häufig sehr ferne politische Instanz, welche wir näher an die Menschen bringen und die Wichtigkeit der dort getroffenen Entscheidungen verdeutlichen müssen. Auch bildet die aktuelle Besetzung des Kreistags nicht mehr die Verhältnisse im Kreis ab. Es kann nicht sein, dass der Altersdurchschnitt so unverhältnismäßig hoch und die große Mehrzahl der Abgeordneten männlich ist. Wir brauchen eine starke SPD im Landkreis, damit wir die Politik des „weiter so“ beenden und progressive neue Schritte wagen können.

Das Kreiswahlprogramm der SPD und die vielen jungen Kandidat*innen bieten für diesen Neustart die perfekte Ausgangslage. Aber auch der Landratskandidat Jens Grote, welcher unter anderem von der SPD aufgestellt wurde und auch von uns Jusos unterstützt wird, ist mit seiner langjährigen Erfahrung in vielen Bereichen der Verwaltung und seinen vielseitigen Kompetenzen der Richtige für die Zukunft der Menschen im Heidekreis.



Das Kreiswahlprogramm der SPD im Landkreis, welches unter dem Titel „Den ganzen Heidekreis im Blick“ steht, umfasst Ansätze zu den wichtigen Themen der Zukunft und bildet eine gute Grundlage für die Arbeit in der neuen Wahlperiode. Vor allem junge Menschen werden in diesem Programm auf ganz unterschiedliche Weise angesprochen, denn viele der Ansätze in den Bereichen Verkehr, Arbeit und Bildung würden gerade das Leben unserer und jüngerer Generationen konkret und spürbar verbessern. Die für die Zukunft sehr wichtige Förderung und Weiterentwicklung von Elektro- und Wasserstoffmobilität soll weiter forciert werden, mit dem Ziel die Bahnen und Busse im Kreis nicht mehr mit Diesel betanken zu müssen.



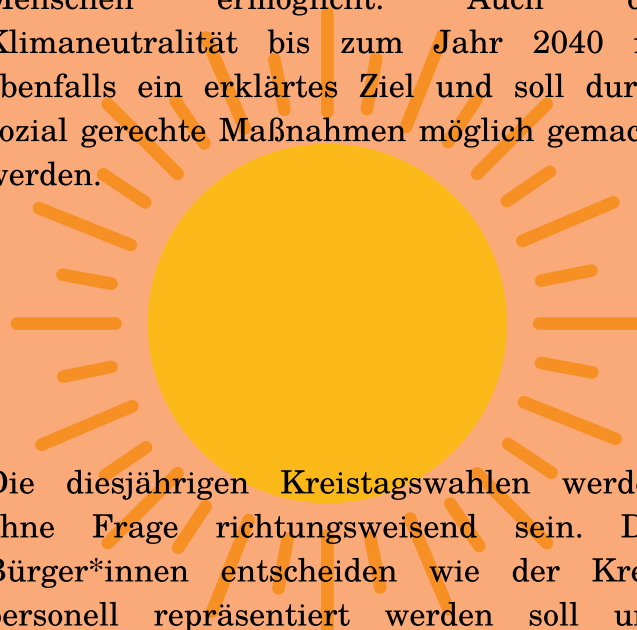
Auch die öffentliche Ladeinfrastruktur soll verbessert werden. Gerade die für eine zukunftsorientierte Bildung so wichtige Möglichkeit des auf digitale Endgeräte gestützten Unterrichts, soll weiter gefördert werden und daher bis zum Ende des Schuljahres 2021/2022 endlich der Ausbau des WLANs an allen Kreisschulen abgeschlossen sein. Außerdem soll durch den sogenannten „Heidekreis-Bildungsfond“ ein System zur Finanzierung der Reparaturarbeiten an den Kreisschulen geschaffen werden, an welchem Landkreis und Kommunen beteiligt sein sollen, aber auch Institutionen und Privatpersonen sich beteiligen können. Die Qualität der Umgebung, in welcher die Schüler*innen lernen, würde sich also wieder verbessern und auch eine sinnvolle Form der Priorisierung von notwendigen Baumaßnahmen könnte stattfinden.



Im Bereich der Arbeit soll das „Bündnis für Arbeit und Ausbildung im Heidekreis“ weiterhin verstärkt verfolgt und ausgebaut werden. Gerade für junge Menschen ist es extrem wichtig auch eine berufliche Perspektive im ländlichen Raum zu haben, weshalb auch hier zukunftsorientiert Branchen angesiedelt werden müssen und so die Chance auf einen guten Ausbildungsplatz vor Ort, in der Heimat, bestehen kann. Der Landkreis zeichnet sich durch eine breit aufgestellte Wirtschaftsstruktur aus, welche über Industrie, Gewerbe und Handel, bis hin zu mittleren und großen landwirtschaftlichen Betrieben reicht.

Diese Vielfalt sollte erhalten bleiben und daher ist es auch so wichtig Möglichkeiten der Ausbildung vor Ort zu haben, und diese für junge Menschen attraktiv zu machen.

Die SPD im Heidekreis setzt sich aber auch dafür ein, dass der Kreis weiter bunt und vielfältig bleibt, Diskriminierung jeglicher Art soll weiterhin konsequent bekämpft werden und auch zukünftig sollen Konzepte erarbeitet werden, welche den Landkreis noch inklusiver machen und die Inklusion aller Menschen ermöglicht. Auch die Klimaneutralität bis zum Jahr 2040 ist ebenfalls ein erklärtes Ziel und soll durch sozial gerechte Maßnahmen möglich gemacht werden.



Die diesjährigen Kreistagswahlen werden ohne Frage richtungsweisend sein. Die Bürger*innen entscheiden wie der Kreis personell repräsentiert werden soll und welche Menschen die Entscheidungen im Kreistag treffen dürfen, bei beiden Aspekten stellt sich die Frage ob es eine progressive Veränderung oder ein „Weiter so“ geben soll. Wir Jusos im Heidekreis machen uns stark für den Fortschritt und den Einzug möglichst vieler junger Menschen in den Kreistag. Uns betreffen zu viele der wichtigen Zukunftsfragen, daher dürfen und wollen wir nicht länger anderen die komplette Entscheidungsmacht überlassen. Unsere Zeit ist jetzt und wir wollen Verantwortung übernehmen.

RETTET UNSERE

KOMMUNEN!

Rasmus Prien

Unsere Kommunen sind die Hauptschnittstelle zwischen Bürgern und Staat und bilden den Kern der öffentlichen Daseinsvorsorge:

Ämter, Verwaltung, Kitas, Schulen, ÖPNV, Parkanlagen, Abfallwirtschaft, öffentliche Bäder, Sportanlagen, Jugendheime usw.

Für all diese Dinge sind Kommunen vollständig oder zumindest teilweise zuständig.

Um all die ihnen teils gesetzlich auferlegten Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge zu erfüllen, müssen die Kommunen diese irgendwie finanzieren. Die Haupteinnahmequelle bildet die Gewerbesteuer sowie 15% aller anfallenden Einkommensteuern. Einen weiteren großen Punkt bilden Zuweisungen von Bund und Ländern. Als nebensächliche Einnahmequelle sind noch Beitragszahlungen und Gebühren zu nennen, alle sonstigen Einnahmen werden hier der Vereinfachung halber weggelassen. Außerdem können Kommunen sich bei Finanzierungsgpässen auch am Finanzmarkt verschulden um anstehende Ausgaben zu finanzieren.

Wo liegt das Problem?

Die Einnahmen der Kommunen sind abhängig von der aktuellen Wirtschaftslage. Wenn in einer Rezession Betriebe schließen, Personal entlassen und weniger Gewinn erwirtschaftet wird, bedeutet dies Einbußen bei den kommunalen Einnahmen. Allerdings müssen die gesetzlichen Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge weiterhin ausgeführt werden. Die Ausgaben in einer Rezession steigen sogar, weil eine Kommune sich auch an sozialen Kosten beteiligen muss. Maßgeblich sind hier Zuschüsse zur Grundsicherung bei den Kosten der Unterkunft zu nennen. Vor der Coronakrise mussten Kommunen hier 50% der Kosten tragen.

Diese gegensätzliche Dynamik in der Ausgabe und -Einnahmesituation zwingt Kommunen dazu, sich die fehlenden finanziellen Mittel zur Erhaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge in Form von Krediten am Finanzmarkt zu beschaffen, was die Verschuldung zwangsläufig ansteigen lässt.

Allerdings sind auch die Kommunen zu einem ausgeglichenen Haushalt verpflichtet, weshalb die Kommunalaufsicht der Länder Kommunen mit steigenden Schulden zur Haushaltskonsolidierung zwingt. Dieses furchtbare Wort hat noch furchtbarere Folgen für die betroffenen Kommunen. Es bedeutet Kürzungen bei Ausgaben, weniger Investitionen, höhere Gebühren, höhere Hundesteuern, Personalabbau, Privatisierungen.

Das Ergebnis aus dieser Politik ist laut der KfW ein Investitionsstau von 147 Mrd. Euro, welcher kontinuierlich ansteigt. Die öffentliche Infrastruktur verfällt und die Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge verschlechtert sich. Die Kommunen weisen im Schnitt negative Investitionen aus, mit der Folge, dass der Wert der öffentlichen Infrastruktur auf kommunaler Ebene heute geringer ist als vor der Jahrtausendwende.



Was muss passieren?

Jetzt stehen Kommunal- und Bundestagswahlen an und es muss schnell und ambitioniert gehandelt werden, um den Kommunen wieder auf die Beine zu helfen.

Wir müssen uns dringend neue Regeln für die Finanzierung der Kommunen geben, um diesem desolaten Zustand zu entkommen.

Der erste abstraktere Schritt muss eine endgültige Abkehr von der Ideologie einer ausgeglichenen Haushaltspolitik auf Bund- und Landesebene sein. Dadurch, dass diese Haushalte ausgeglichen sein müssen, ist der Anreiz, zusätzliches Geld für Kommunen auszugeben, relativ klein. Der Anreiz, Aufgaben und Kosten an Kommunen abzugeben, ist jedoch relativ groß.

Starke und gut ausgestattete Kommunen sind ein Grundpfeiler für eine funktionierende demokratische Gesellschaft und die finanziellen Mittel dafür sind da, wenn der politische Wille da ist. Das konnte auch besonders am Anfang der Coronakrise wieder deutlich beobachtet werden, als Olaf Scholz plötzlich die neoliberale schwarze Null hinter sich gelassen und "die Bazooka" ausgepackt hat, um die Krise nach keynesianischem Ansatz durch erhöhte Staatsausgaben fiskalpolitisch abzumildern.

Es macht aber einen großen Unterschied, welche staatliche bzw. öffentliche Institution Kredite aufnimmt bzw. Anleihen emittiert.

Wenn eine Kommune einen Kredit aufnimmt, muss sie relativ hohe Zinszahlungen leisten, was zusätzliche Ausgaben bedeutet, welche wiederum Kürzungsdruck erzeugen.

Länder können sich hingegen zu wesentlich günstigeren Zinskonditionen verschulden.

Nordrhein-Westfalen hat beispielsweise in der Coronakrise eine 100-jährige Anleihe mit 1% Verzinsung ausgegeben. Der Bund hat die stärkste finanzielle Tragkraft und kann sich sogar zu Negativzinsen verschulden. Deshalb sollte der Bund die Nullzins-Politik der EZB endlich nutzen, um seine Kommunen zu entschulden. Die Schuldenbremse muss deshalb nicht nur ausgesetzt, sondern endgültig aus der Verfassung gestrichen werden und eine Finanzierung der Kommunen auch durch Bundesmittel ermöglicht werden.

Durch die Umsetzung dieser Reformen könnte ein ganz neues Finanzierungsmodell für Kommunen umgesetzt werden.

Die Einnahmesituation der Kommunen ist aktuell konjunkturabhängig. Außerdem machen sich Kommunen gegenseitig mit niedrigen Gewerbesteuersätzen Konkurrenz und weisen immer mehr Gewerbeflächen aus, um attraktiver für Unternehmen zu werden.

Dem entgegen steht eine Ausgabensituation, welche permanente Aufgaben erfüllen muss.

Sinnvoll wäre es also, die Einnahmesituation anders zu gestalten.

Konjunkturabhängige Einnahmen, wie die Gewerbesteuer, könnten auf Bund oder Landesebene verschoben und dadurch vereinheitlicht werden. Als Nebeneffekt würden dadurch auch Steueroasen für Unternehmen innerhalb Deutschlands verhindert werden. Die Kommunen ständen nicht mehr miteinander im Wettbewerb und müssten sich bei der Gewerbesteuer nicht mehr gegenseitig unterbieten, um Unternehmen zu halten oder abzuwerben.

Stattdessen könnte ein Pro-Kopf-Transfer von Bund und Ländern an die Kommunen fließen.

Mit diesem Modell hätten Kommunen, welche mehr Einwohner haben, auch mehr Finanzmittel, mit welchen sie ihren Aufgaben gerecht werden können. Zudem bietet es mehr Planungssicherheit für ihre permanenten Aufgaben.



Aber auch gesellschaftlich bietet es Vorteile, wenn die Einwohnerzahl für Kommunen die Haupteinnahmequelle bildet. Dadurch verschiebt sich der Fokus der Kommunen attraktiv für Menschen im Allgemeinen, statt vorrangig für Unternehmen zu werden. Regional ansässige Unternehmen bleiben weiterhin ein relevanter Faktor für eine Kommune, da sie Arbeitsplätze für die Region bieten, allerdings wäre ihr wirtschaftlicher und politischer Einfluss auf die Kommunen nicht mehr so übermäßig stark, wie er es aktuell ist.

Aber auch abseits solcher weitreichenden Reformen gibt es Wege, die Kommunen schnell finanziell zu unterstützen bzw. zu entlasten:

Abschaffung der Gewerbesteuerumlage:

Momentan gehen 15 % der Gewerbesteuern an den Bund. Die Kommunen leiden momentan an chronischer Geldknappheit, müssen aber von ihrer größten Einnahmequelle 15 % an den Bund abgeben. Das ergibt keinen Sinn und sollte unterlassen werden.

Vollständige Übernahme der Grundsicherung durch den Bund:

In der Coronakrise ist der Zuschuss vom Bund bereits von 50% auf 75% angehoben worden. Da die Sozialabgaben allerdings immer dann steigen, wenn die wirtschaftliche Lage schlecht ist, was die Kommunen zum Ausnehmen von Krediten oder Kürzungen zwingt, sollte der Bund hier einspringen.

Fortführung des Gewerbesteuer ausgleich auch 2021 und 2022:

Der Ausfall der Gewerbesteuer durch die Coronakrise wurde 2020 durch ausgleichende Transferleistungen vom Bund übernommen. Dafür wurde sogar eine Grundgesetzänderung vorgenommen, da die Länder eigentlich für die Finanzierung der Kommunen verantwortlich sind. Dies zeigt, dass bei Einigkeit durchaus Bundesmittel zur kommunalen Finanzierung genutzt werden können. Diese Praxis sollte auch die nächsten Jahre fortgeführt werden, um die zusätzliche Belastung durch die Coronakrise auszugleichen.

Politisches Fazit

Jetzt stehen Kommunal- und Bundestagswahlen an und die Probleme unserer Kommunen dulden keinen weiteren Aufschub in weitere Legislaturperioden. Der Investitionsstau ist so groß, dass selbst bestehende Infrastruktur nicht erhalten werden kann. Eine Umsetzung der sozialökologischen Transformation ist mit dem aktuellen Modell auf kommunaler Ebene nicht umsetzbar. Hier werden massive Investitionen in die Infrastruktur benötigt. Außerdem verspielen Einschnitte bei der Daseinsvorsorge Vertrauen in den Staat und treffen diejenigen mit kleinem Geldbeutel besonders stark. Auch hier gilt, nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Deshalb ist die Aufgabe der nächsten Bundesregierung, dafür zu sorgen, dass die Kommunen den Investitionsrückstand aufholen und endlich wieder ihre Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge angemessen erfüllen können. Allerdings werden Liberale und Konservative weiterhin an ihrem Fetisch für ausgeglichene Haushalte festhalten.

Um die Finanzierungslücken, welche sich durch ihre geplanten Steuerreformen für Unternehmen und Wohlhabende ergeben, zu schließen, wird in den öffentlichen Haushalten weiter mit dem Kürzungshammer zugeschlagen werden. Eine Rettung der Kommunen ist also nur mit linken Mehrheiten und einer progressiven Finanzpolitik möglich.

Autor: Rasmus Prien



Rettet unsere Kommunen!



IN VERDEN BEBT DIE ERDE

Matti Rappenhöner

In Verden bebt die Erde. Zwar nur schwach und nicht menschengefährdend, aber dennoch ausreichend, um diesen Satz Wahrheit werden zu lassen. Grund dafür: Die Förderung von Erdgas auf klimaschädigende Art und Weise, das sogenannte „Fracking“. In den letzten Jahren hat es bereits mehrere Erdbeben im Landkreis Verden gegeben, deren Ursache das Fracking war. So zum Beispiel am 20. November 2019 am Erdgasfeld Völkersen, aufgrund der zahlreichen Meldungen von Anwohner*innen an das Landesamt für Bergbau und Geologie von diesem als „stark“ eingestuft.

Für uns muss klar sein: Der Schutz unserer Umwelt muss ganz klar über wirtschaftlichen Interessen stehen. Was beim Fracking gilt, gilt in viel größerem Umfang auch für andere wirtschaftliche Aktivitäten, welche unsere Umwelt belasten. Wir müssen deshalb dafür sorgen, dass eine Energieproduktion entsteht, die unsere Umwelt schützt und dafür sorgt, dass unser Planet auch in 50 Jahren noch bewohnbar ist. Was bei Erdbeben, die aufgrund von wirtschaftlichem Interesse entstehen, anfängt, hört am Ende dort auf, wo große Konzerne wie RWE oder Vattenfall sich weigern, schnell genug aus der Braunkohle auszusteigen. Das kann für unsere Generation kein guter Kompromiss sein.

Wir müssen deshalb zusammen dafür sorgen, dass unsere Energieproduktion schnellstmöglich klimaneutral wird. Jedem ist klar, dass das Jahr 2038 als Datum für den endgültigen Kohleausstieg zu spät ist (außer Armin Laschet, wenn er sich wieder fragt, was die Wissenschaft „im Schilde führt“). Diese wissenschaftliche Erkenntnis ist klar und nicht zu leugnen. Entsprechend müssen wir unser politisches Handeln auch anpassen.

Anscheinend gibt es jedoch manche, die denken, sie könnten den Klimawandel einfach stoppen, indem sie sagen: „2030 steigen wir aus der Kohle aus. Punkt“. Aber so einfach ist das leider nicht! Es gibt massive Herausforderungen, die gestemmt werden müssen, um endlich eine klimaneutrale Wirtschaft zu erreichen. Wer diese ignoriert, wird zwangsläufig auch daran scheitern, die Klimakrise zu beenden. Wenn wir nämlich nicht dafür sorgen, dass ernsthafte Alternativen geschaffen werden, die vor Allem der Bevölkerung im ländlichen Raum, wie dem Landkreis Verden und gesamt Niedersachsen, dabei helfen, auf E-Auto oder Photovoltaik umzusteigen, gehen wir das Risiko ein, dass unsere dringendste Aufgabe scheitert: Den Klimawandel zu stoppen.

Niemandem bringt es etwas, einfach per Gesetz zu befehlen, früher aus der Kohle auszusteigen. Wir brauchen stattdessen Alternativen, um den Kohleausstieg schnellstmöglich zu vollziehen, unbedingt vor 2038. Wir wollen einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien, unter anderem durch die Abschaffung der klimaschutzfeindlichen 1000 Meter Abstandsregel. Wir wollen eine Subventionierung von klimafreundlichen Autos und klimafreundlichen Heizkörpern, die direkt bei den Menschen ankommt, vor allem bei denen mit geringerem Einkommen. Wir wollen einen massiven Ausbau eines günstigen ÖPNV, insbesondere im ländlichen Raum, z.B. damit niemand mehr für 7,15€ (pro Fahrt!!!) von Verden nach Bremen fahren muss. Und wir wollen dafür einen CO2 Preis mit einer Lenkungswirkung, der dafür sorgt, dass *alle* beim Klimaschutz mit anpacken können. Nur so schaffen wir es, eine neue industrielle Revolution zu bewältigen. Hier müssen wir eine Vorreiterrolle einnehmen. So haben wir eine Chance, der Erde noch eine letzte Chance zu geben.

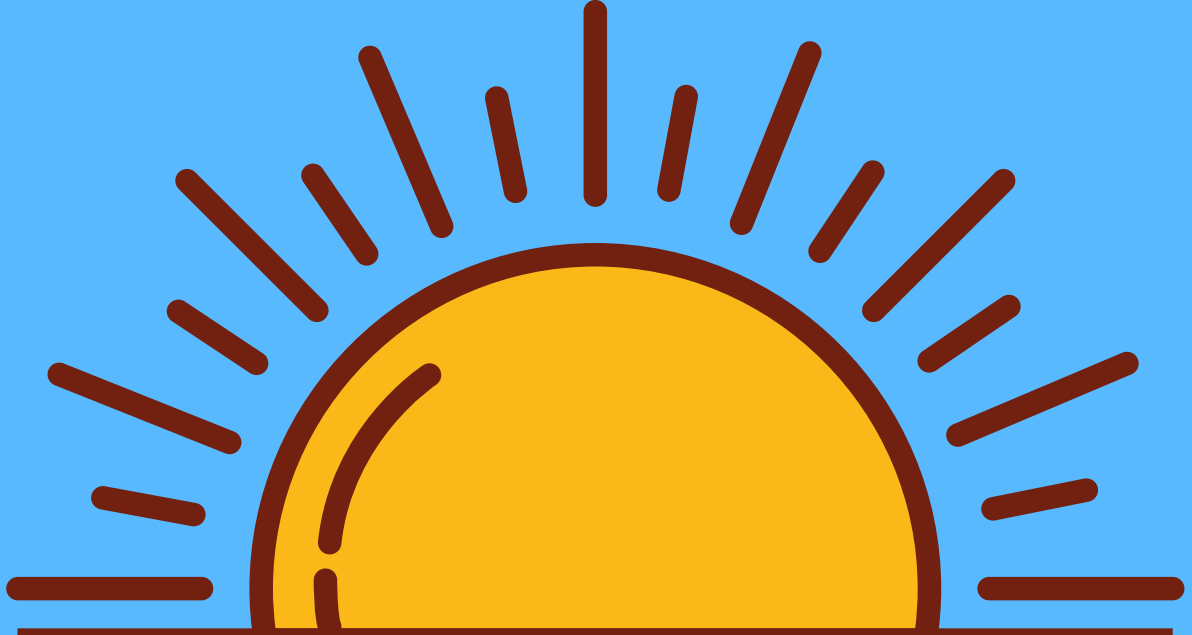


Autor: Matti Rappenhöner

Ohne massive Investitionen ist all das nicht möglich und dazu sind höhere Steuern für Superreiche und eine Vermögenssteuer mit Wirkung nötig. Wer das ablehnt und stattdessen noch Steuersenkungen, sogar für Superreiche wie Friedrich Merz, fordert, dem ist nicht mehr zu helfen. Außer durch den Führerscheinentzug für seinen Privatjet.

Wir haben es in der Hand, nach der Bundestagswahl Politik für die Zukunft zu machen. Mit neuen Mehrheiten. Wir müssen dafür kämpfen, dass alte Männer von der CDU/CSU uns nicht unsere Lebensgrundlage entziehen: Unsere Umwelt. Als Jungsozialist*innen treten wir deshalb dafür ein, dass dies ernst genommen wird. Beim Fracking im Landkreis Verden, wie auch bei der restlichen Klimapolitik. Denn sonst bebt die Erde in Verden nicht nur, sondern gibt bald ihren Geist auf.





MIT ZUSAMMENHALT UND SOLIDARITÄT ZUM WAHLSIEG

Kommunalwahlen, Stichwahlen und Bundestagswahlen und das Ganze innerhalb von 14 Tagen. Wenn das nicht mal ein super Wahljahr ist. Wir Jusos können mächtig stolz auf uns sein. Im ganzen Bezirk kandidieren so viele junge Menschen für die kommunalen Parlamente. Gerne würde ich jetzt als Bundestagskandidat im Wahlkreis 34 schreiben, aber das ist nun einmal Demokratie. Dennoch möchte ich ein paar Gedanken und Erfahrungen zu meiner Zeit in der Bewerbungsphase teilen:

Zuallererst möchte ich mich bei den Jusos im Bezirk bedanken, für jedes Teilen, Liken und Kommentieren – für die vielen tollen Gespräche – für das Mutmachen – für all die Unterstützung, die ich erfahren habe. Wer sich einem demokratischen Prozess stellt, muss auch das Ergebnis akzeptieren. Für uns geht es innerparteilich noch einen Schritt weiter. Das Ergebnis wird nicht nur akzeptiert, sondern geht weiter. Viel wird immer von Solidarität geredet. Es wird Zeit, dass wir mit gutem Beispiel voran gehen und diese dann auch leben.

Wenn wir jetzt einmal einen Blick auf die aktuellen Umfragewerte werfen, machen uns diese Mut. Wir wurden belächelt, dass wir überhaupt einen Kanzlerkandidaten aufstellen. Olaf Scholz war bestimmt bei vielen Jusos nicht die erste Wahl. Aber im Gegensatz zu den anderen Parteien, die um das Kanzler*innenamt kämpfen, haben wir verstanden, uns mit Zusammenhalt und Solidarität nicht zu schwächen. Wir sind in dem Ziel vereint und für uns alle ist klar: Die CDU gehört in die Opposition.



Für den Bezirk Nord-Niedersachsen muss klar sein, dass wir nach der Bundestagswahl mehr als nur einen Bundestagsabgeordneten aus unseren Reihen wissen wollen. Dafür geben wir alles. Der ländliche Raum braucht Politiker*innen, die nach vorne schauen und in die Zukunft investieren und keine Konservativen, die einfach so weitermachen wie gewohnt. Gerade für unsere Generation sind viele wichtige Zukunftsfragen, die angegangen werden müssen und nicht weiter verschlafen werden können: Klimakrise, Ausbildungspolitik, Digitalisierung, Rente und der angespannte Wohnungsmarkt. Dies sind nur einige von Themen, die über 80 junge Bundestagskandidat*innen auf der Agenda haben. Wir haben uns beteiligt im Programmprozess, haben für unsere Inhalte gekämpft und können durchaus zufrieden mit dem Zukunftsprogramm sein.

Die Jusos leisten einen grandiosen Beitrag zur politischen Bildungsarbeit. Seien es die Seminare, Erklärvideos, Verbandsmagazine oder ähnliches. All dies wird ehrenamtlich im Bezirk geleistet. Kritik darf und muss geäußert werden, um sich stetig zu verbessern. Wichtig hierbei ist aber, dass sie konstruktiv ist, direkt und klar geäußert wurde. Liebe Jusos, haltet zusammen und lebt Solidarität. Dann wird es eine erfolgreiche Zukunft.



Autor: Bene Pape

Lasst uns mit Zusammenhalt und Solidarität zum Wahlsieg kommen und dafür sorgen, dass die SPD stärkste Kraft wird.

Jetzt könnte dieser Beitrag zu Ende sein, aber auch nach der Kommunalwahl und der Bundestagswahl geht's weiter. Mich werdet ihr in Berlin wieder finden und daher möchte ich noch ein paar persönliche Worte zum Abschluss an die Jusos Nord-Niedersachsen richten:



Zwischen Tourismus und Umwelt

Jannes Schulz



Der Landkreis Cuxhaven besteht aus 10 Gemeinden bzw. Samtgemeinden. Wir werden am 12. September also nicht nur die kreisweite Kreistagswahl bestreiten, sondern auch um möglichst viele Sitze für die SPD in den verschiedenen Stadt-, Gemeinde- und Ortsräten ringen. Und dann ist da natürlich auch noch die Bundestagswahl im Wahlkreis 29 „Cuxhaven – Stade II“. Der Name verrät es, wir teilen uns den Wahlkreis mit einem kleinen Teil des Landkreises Stade – genauer gesagt mit der Gemeinde Drochtersen und den beiden Samtgemeinden Nordkehdingen und Oldendorf-Himmelpforten.

Der Bundestagswahlkreis ist insofern ein spannender Wahlkreis, als dass er seit 2009 fest in der Hand von Andi Scheuers parlamentarischem Staatssekretär *Enak Ferlemann* ist – dessen Direktmandat ist aber keineswegs sicher. Während ich diesen Text schreibe, schimmert der Wahlkreis 55 bei wahlkreisprognose.de „too close to call“ leicht rötlich für die SPD. Er birgt also das Sensationspotential, einem echten politischen Schwergewicht der Union zumindest das Direktmandat abzujauchen. Der Gründer und Veranstalter des ortsansässigen Deichbrand-Festivals mit jährlich über 60.000 Besucher*innen, *Daniel Schneider*, stellt sich für die SPD dieser Aufgabe.

Konkret gibt es dabei kein alles überragendes Thema. Traditionell sind Tourismus und Umweltpolitik, vor allem in Kombination miteinander, bei uns bedeutend. Das ist auch bei dieser Wahl wieder nicht anders. In unserem sehr schönen und touristischen Wahlkreis ist es stets ein sensibles Thema, wie viel Tourismus zu viel Tourismus ist. Dabei geht es vor allem um Investitionen und darum, ob diese nur bei Angeboten für Tourist*innen ankommen oder auch die Bevölkerung etwas davon merkt. Diesem Frust in Sachen Tourismus mancher Bevölkerungsgruppen muss man aber auch entgegenhalten, dass die Besucher*innen jährlich viel Geld und damit Wohlstand, Arbeitsplätze und Leben in die Region bringen.

Besonders sensibel wird das Tourismus-Thema in Kombination mit Umwelt- und Naturschutz. Aktuell betrifft das vor allem die sogenannten „Wattwagen“. Das sind meist gelb angestrichene Kutschen, die von Pferden durch das Wattenmeer zur Insel Neuwerk gezogen werden. Besucht man Paris, geht man auf den Eiffelturm – besucht man Cuxhaven, fährt man einen Tag nach Neuwerk. Tatsächlich werden Wattwagenfahrten in jedem Reiseführer angeboten, sie gehören traditionell einfach dazu.

Durch bauliche Maßnahmen im Wattenmeer, den sogenannten „Leitdamm“, hat sich das Wattenmeer innerhalb weniger Jahre aber stark verändert. Problematisch ist seit dieser Saison die Verschiebung der Priele (kleine flussartige Gewässer, die sich durch das Wattenmeer ziehen). Durch die Veränderungen des Wattenmeers sind die Priele nun voller als gedacht, sodass die Wattwagen oft nicht mehr hindurch kommen. Die Pferde müssen unter großer Kraftanstrengung gegen die gewaltigen Wassermassen ankämpfen und teilweise sogar schwimmend den voll beladenen Wattwagen ziehen, sodass die Tourist*innen und Fahrer*innen nass werden. Das ärgert nicht nur die wasserscheuen Besucher*innen, auch von den Pferden wird viel abverlangt – zu viel, sagen viele Tierschützer*innen. Oft entscheiden die Fahrer*innen auch, umkehren zu müssen. Das nimmt den Besucher*innen einen schönen Tag auf der Insel Neuwerk und den Veranstalter*innen wichtige Einnahmen – ist aber natürlich nur verantwortungsbewusst und vollkommen richtig. Hier muss auf jeden Fall eine Lösung gefunden werden, die alle Interessen in sich vereint. Eine solche Lösung könnte die Öffnung des Leitdamms an mehreren Stellen darstellen, was von der Hamburger Hafenwirtschaft aber stark bekämpft wird.

Doch selbst wenn die Pferde es durch die Wassermassen geschafft haben, warten dahinter oft weitere Herausforderungen. Das Wattenmeer leidet schon seit Jahren unter den Auswirkungen der Elbvertiefung, so auch hier. Weite Schlickfelder voll ekligen, braunem und stinkendem Schlick markieren mittlerweile oft die Routen der Wattwagen. Über gesunden festen Schlick laufen Pferde sehr gerne und gut, in diesem ungesunden und ggf. sogar giftigen Schlick sinken sie aber bis zu den Knöcheln ein. Auch hier kommen sie nur unter großer Kraftanstrengung voran. Um diesen Wahnsinn zu beenden, muss es verboten werden, dass der Industrieschlick aus dem Hamburger Hafen bei uns im Meer entsorgt wird. Der Tourismus hängt in unserer Region, dem „Weltkulturerbe Wattenmeer“, also stark von der Umwelt ab. Vor allem die Elbvertiefung bedroht ihn zutiefst. Schließlich kommen die Menschen nicht in eine Region, in der das Wattenmeer eklig stinkt und sie ggf. sogar krank macht. In einer Region, die so sehr, wie die unsere vom Tourismus abhängig ist, ist Umweltschutz also noch systemrelevanter als sowieso schon.

Doch auch auf der globalen Ebene ist Umweltschutz bzw. genauer gesagt Klimaschutz für uns noch wichtiger als anderswo. Wir leben direkt am Meer. Der Anstieg des Meeresspiegels bedroht unsere Existenz. Dem gilt es zweierlei entgegenzuwirken: Einerseits durch die klassische Bekämpfung des Klimawandels, andererseits durch präventive Katastrophenschutzmaßnahmen. Unsere bekannteste Katastrophenschutzmaßnahme ist der Deich. Ihn gilt es zu pflegen und weiter auszubauen, damit ein erhöhter Meeresspiegel uns nicht sämtliche Lebensgrundlagen raubt.

Allerdings ist im Cuxland auch Platz für Optimismus. Nachhaltigkeit und erneuerbare Energien sind zum Glück auf dem Vormarsch. Das ist nicht nur aus globaler Perspektive richtig, sie bergen auch große Chancen für unsere Region. Wir haben viel Wind und viel Wasser und dadurch eine Menge Potential, in Zukunft eine wichtige Rolle zu spielen. Ich persönlich träume davon, dass Norddeutschland und vor allem unsere Region zum „Akku Deutschlands und Europas“ wird. Auf dem Land, wie auf See können wir im großen Stil Strom aus Windkraft erzeugen. Was sich davon nicht direkt ins Stromnetz einspeisen lässt, kann zukünftig für die Herstellung von Wasserstoff verwendet werden. Der Export von klimaneutralem Strom und Wasserstoff ins In- wie Ausland kann uns Arbeitsplätze, Wohlstand und ein neues politisches Standing bringen. Städte wie Wolfsburg oder Stuttgart haben noch heute großen politischen Einfluss aufgrund ihrer Eigenschaft als „Automobil-Metropole“. Ich wünsche mir, dass wir zu einer „Energie-Metropole“ werden und diesen Einfluss nutzen, um die Welt ökologisch, ökonomisch und sozial in die richtige Richtung lenken.

Damit das gelingen kann braucht es eine starke SPD – sowohl im Bund, mit einem Direktmandat in unserem Wahlkreis 29, als auch durch stark sozialdemokratisch geprägte Räte auf kommunaler Ebene. Dafür kämpfen ich, die Jusos und die SPD.

Glück auf!



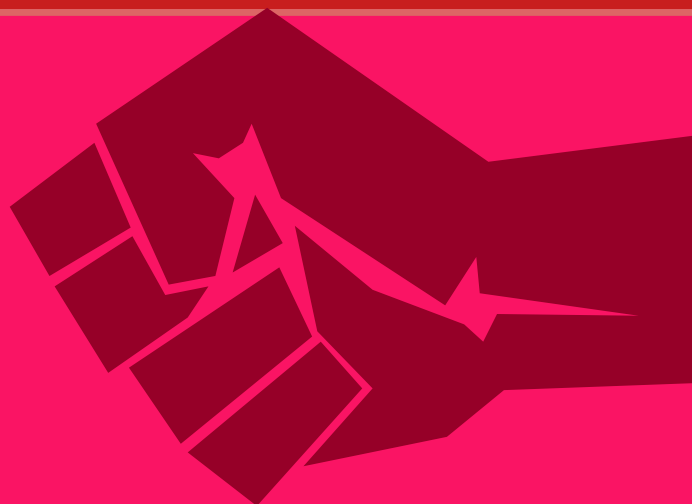
(JUNG)SOZIALISTISCHE POLITIK GEHT AUCH OHNE BUND! von Fynn Hinck

Ersteinmal muss man sagen, dass es eine gute Sensation ist, wie viele junge Kandidat*innen auf Bundesebene kandidieren, es ist eine Zahl wie nie zuvor und dort können wir wirklich einen bedeutenden Einfluss nehmen.

Aber auch auf der lokalen Ebene müssen wir uns definitiv nicht verstecken. Wir haben viele junge und starke Leute auf den kommunalen Listen. Wir stellen Kandidat*innen für verschiedenste Räte und Kreistage etc. Man mag nun vielleicht die beiden Ebenen miteinander vergleichen und sich denken, dass bei den großen Zukunftsproblemen: der Klimakatastrophe, der wachsenden und schreienden Ungleichheit in der Gesellschaft und dem erstarken der Rechten in ganz Europa, die lokale Politik eher machtlos wirkt.

Wer sich jetzt aber nun denkt "Ja ist ja auch so" irrt. Wer denkt, auf kommunaler Ebene nicht seinen Teil für eine spürbar bessere und gerechtere Welt zu tun, will ich hier ein Gegenbeispiel vorhalten.

Es gibt Kommunen wie mein Harsefeld im Landkreis Stade, wir sind keine Stadt wie Stade oder Buxtehude, aber auch wir sind in den letzten Jahrzehnten gewachsen und mit dem Ort auch der Flächenfraß und die Mietpreise.



Diese Probleme sind in ihrer Wirkung nicht zu unterschätzen. Heutzutage zahlen in Städten schon große Teile der Menschen mehr als 30% Prozent ihres Einkommens als Miete, das sind Zahlen die besorgniserregend sind. Auch gerade Menschen, die schon armutsgefährdet waren, zahlen oftmals sogar noch mehr.

Auch im ländlichen Raum steigen die Mieten und der Wohnraum wird knapper. Das sind handfeste und spürbare Auswirkungen der großen Probleme Armut und Ungleichheit im Kleinen und mit ihnen kommt der Flächenfraß und die finanziellen Belastungen, die durch die ökologische Wende auf die Menschen zukommen können, werden gerade hier spürbar sein und nicht in den Nachrichten, die über Streits auf Bundesebene berichten.

Wir können auf den kommunalen Ebenen ganz handfeste und spürbare sozialistische Politik machen. Wir können dafür kämpfen, und das ist nun eines der vielen Beispiele, die ich anführen kann, dass unsere Kommunen selber Wohnraum schaffen, aufbauen und verwalten. Viele Kommunen haben heutzutage noch kommunalen Wohnraum, viele hatten ihn bis zu der neoliberalen Wende, die spürbar dafür gesorgt hat, dass solche sozialen Angebote an Großkonzerne verramscht wurden. Viele Kommunen bauen heutzutage auch wieder selbst. Denn den Wohnraum für Menschen zu garantieren ist nicht das Interesse der Märkte, wer also Menschen ein Zuhause als Grundrecht bieten will, welches sich nicht nach Profitgier orientiert, kann auf kommunalen Ebenen auch für die großen Ideen kämpfen und sie handfest umsetzen.

Es gibt auch auf kommunaler Ebenen dieselben Gruppen, in deren Interesse es nicht steht die Profitmacherei mit dem Zuhause von Menschen einzuschränken und gerade hier braucht es starke und mutige Jusos, die den sozialen Kampf auch lokal führen, für ein neues Morgen!



IMPRESSUM

Redaktion

Belana Schwarz

Lektor*innen

Belana Schwarz

Umsetzung Design

Fynn Hinck

Verfasser*innen

Nona-Lynn Beusse

Jonas Pagels

Kirsti Elle

Jannes Schulz

Matti Rappenhöner

Rasmus Prien

Fynn Hinck

Bene Pape

Fabio Lindhorst

Jungsozialist*in

Jahrgang 4 - 2021

Ausgabe September 2021 - Wahlkampfausgabe

Herausgeber*innen

Jusos in der SPD

Bezirk Nord-Niedersachsen

Archivstraße 1

21682 Stade

Hinweise:

Die Texte und Fotos wurden mit viel Liebe und Arbeit geschrieben und gemacht. Bitte veröffentlicht davon nichts ungefragt anderswo im Internet.

Kritik, Anregungen und Themenwünsche gerne an: [jusosnn\(at\)gmail.com](mailto:jusosnn(at)gmail.com), unsere fb- oder Instagram-Seite!

Alle verwendeten Bilder, so nicht anders gekennzeichnet stammen von den Autor*innen selbst oder sind gemeinfrei und zur Verwendung freigegeben.



@jusosnn



/jusosnn



info@jusosnn.de



jusosnn.de